



Antrag

der Fraktionen von FDP und SPD

Auf hybride Attacken besonnen und konsequent reagieren - Drohnenabwehr stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass hybride Attacken wie Spionage, Sabotage, Cyberangriffe und Desinformationskampagnen eine zunehmende Herausforderung für unser Land und seine Verbündeten darstellen. Davon sind nicht nur militärische Einrichtungen betroffen, sondern zunehmend auch die kritische Infrastruktur. Auch die steigende Anzahl an Drohnenüberflügen in Schleswig-Holstein zielt vor allem darauf ab, die Abwehrbereitschaft unseres Landes auszutesten und zur Verunsicherung in der Bevölkerung beizutragen. Bisherige Vorfälle zeigen, dass auf die maritime Sicherheit und die Sicherheit im maritimen Umfeld ein besonderer Schwerpunkt gelegt werden muss.

Der Landtag spricht sich dafür aus, auf die zunehmende hybride Bedrohungslage besonnen und konsequent zu reagieren. Bund und Länder müssen mit Blick auf den potentiellen Investitionsbedarf in Drohnenabwehrtechnologie und die hochdynamische Entwicklung in diesem Bereich schnellstmöglich zu einer gemeinsamen Absprache hinsichtlich der jeweils vorzuhaltenden Fähigkeiten kommen.

Der Landtag anerkennt dabei die bisherigen Bemühungen der Landesregierung, eine Drohnenabweereinheit bei der Landespolizei aufzubauen ebenso wie die bereits erfolgten Absprachen im Verbund der Nordländer. Diese Anstrengungen müssen konsequent fortgesetzt werden. Der Landtag sieht darüber hinaus die dringende Notwendigkeit der besseren Ausstattung der Bundespolizei mit Drohnenabwehrtechnologie.

Auch jenseits der Vorhaltung von Fähigkeiten sieht der Landtag die Notwendigkeit, dass Land und Bund bei der Abwehr von hybriden Angriffen und insbesondere bei der Drohnenabwehr noch enger zusammenarbeiten. Ein Drohnenabwehrzentrum kann dazu einen Beitrag leisten. Dieses sollte vor allem

- Informationen im Akutfall zusammenführen und dadurch ein Echtzeitlagebild erstellen, sowie Zuständigkeiten klären und dadurch unmittelbare Amtshilfeersuchen ermöglichen.
- den Ausrüstungs- und Know-How-Transfer zwischen den Sicherheitsbehörden ermöglichen, sowie Informationen zu aktuellen Entwicklungen zusammentragen.
- perspektivisch die Möglichkeit zur Weiterentwicklung eines Zentrums für hybride Bedrohungen bieten.

Neue Formen der hybriden Angriffe erfordern neue Antworten. Die Verteidigung der Freiheit und die Gewährleistung der Sicherheit dürfen nicht an Zuständigkeitsfragen scheitern. Es braucht daher eine Debatte über die robuste Auslegung des bestehenden Verteidigungsauftrags der Bundeswehr im Rahmen der bestehenden grundgesetzlichen Regelungen. Darüber hinaus braucht es geeignete rechtliche Grundlagen: Der Bund sollte sehr zügig eine entsprechende Änderung des Luftsicherheitsgesetzes und auch ein geeignetes Seesicherheitsgesetz beschließen. Die Landesregierung wird zudem aufgefordert, die landesrechtlichen Regelungen umgehend zu überprüfen.

Das klare gemeinsame Ziel muss sein, die Sicherheitsbehörden in Land und Bund schnellstmöglich in die Lage zu versetzen, Drohnenüberflüge nicht nur aufzuklären, sondern im Zweifel auch unterbinden zu können.



Christopher Vogt
und Fraktion



Niclas Dürbrook
und Fraktion